

Freisinn FDP

70563

Franz Georg Meier
Dir. Schw. Landesbib.
Haltwylstrasse 15
3003 Bern

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

WAHLEN 1999 Auftakt

Auf in den Wahlkampf!

Nicht einmal mehr 100 Tage geht's bis zum 24. Oktober 1999: Dann finden die eidgenössischen Wahlen statt. Für die FDP eine besondere Herausforderung: Wir wollen die stärkste Fraktion stellen! Für alle Freisinnigen heisst das: Jetzt müssen wir Farbe bekennen und gemeinsam für die freisinnige Sache kämpfen.

26. Juni 1999 sehr erfolgreich begonnen. Rund 600 Frauen zeigten in Luzern, dass die FDP lebendig, geistreich und erfolgreich politisiert (siehe Seite 10/11 und 16 in diesem «Freisinn»). Mitte Juli präsentierte eine hochkarätige freisinnige Delegation in Bern das Positionspapier «Mehr Wettbewerb statt neue Steuern im Gesundheitswesen» (siehe Kästen). In dieser Kadenz müssen wir weiterarbeiten, wenn wir im Herbst erfolgreich sein wollen. Und das wollen wir! Die Kandidierenden, die Delegierten, die Geschäftsleitung, die

Fraktion, die Kantonalparteien, die Ortssektionen, alle Parteimitglieder, das Generalsekretariat, alle der FDP zugeordneten Verbände und Vereine ziehen gemeinsam am selben Strick und in dieselbe Richtung. Das zeigt, was die FDP will, das zeigt unsere wahre Stärke. Wir dürfen uns nicht von politischen Gegnern, von schadenfreudigen Besserwissern und meinungsumfrageabhängigem Wankelmut aus der Fassung bringen lassen. Schnurgerade der freisinnigen Linie nach gehen wir voran. Jetzt gilt es, Farbe zu bekennen. ■

GUS. Der Wahlkampf 1999 hat mit der «Ouverture» der Frauen in der FDP am

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Einladung zum Wahl-Kick-off und zur Delegiertenversammlung ab Seite **5**
- Ein interessanter Beitrag zur Diskussion um die «Maulkorb»-Initiative auf Seite **7**
- «Ouverture» der Frauen in der FDP: Die Bilder ab Seite **10**
- Die Rückkehr der Kosovo-Vertriebenen in ihre Heimat auf Seite **12**



Am 28. August nach Freiburg!

Die FDP Schweiz führt ihr grosses Wahlfest (Wahl-Kick-off) am 28. August 1999 ab 9 Uhr in Freiburg durch. Politik, Unterhaltung und Verpflegung lassen freisinnige Herzen höher schlagen. Gleichzeitig wird eine ausserordentliche Delegiertenversammlung stattfinden.

Kommen Sie alle nach Freiburg!

(Details siehe Seite 5 und 6 in diesem «Freisinn»)



Freisinnig-Demokratische Partei

Sicherheit durch Erneuerung.

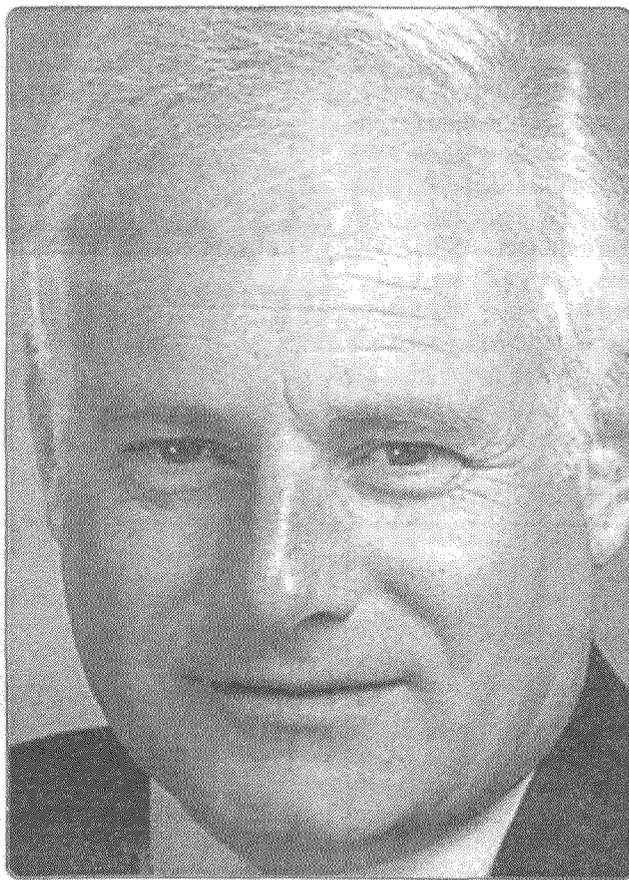
ENERGIEPOLITIK ◊ *Bremser am Werk*

Verzögerungstaktik bei der Strommarktöffnung!

Immer wieder das gleiche Lied: Jene Kreise, die am lautesten den raschen Beitritt der Schweiz zur EU fordern, sind dann, wenn es in einer Frage konkret wird, auch jene, die jeglichem Abbau von Markthindernissen möglichst grosse Steine in den Weg legen. Dies zeigt sich deutlich beim Dossier Personenfreizügigkeit im Rahmen der bilateralen Verträge und nun auch bei der Beratung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG). SP, Grüne und die von der Alpen-Opec dominierte CVP haben in der Energiekommission (UREK) des Nationalrates verhindert, dass auf diese für die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft bedeutsame Vorlage überhaupt erst eingetreten werden konnte.

VON FDP-NATIONALRAT
ULRICH FISCHER,
SEENGEN (AG)

Sie wollen dies erst tun, wenn zahlreiche weitere Berichte zusätzlich dartzun, dass die Marktöffnung im Strombereich völlig schmerzlos vollzogen werden kann und wenn das Parlament in der Schlussabstimmung einer in der Höhe ihrer Forderungen entsprechende Energieabgabe zugestimmt hat. Andernfalls nehmen sie in Kauf, dass die Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz im Gegensatz zum übrigen Europa nicht stattfindet – eine schmerzhaft verzögerte wurde mit dem vorläufigen Nichteintretensentscheid ohnehin schon verursacht.



Beschäftigungstherapie für die Verwaltung

Die Kommissionsmehrheit hat bei der Verwaltung einen ganzen Strauss von Zusatzberichten angefordert, die zum Teil Auskünfte verlangen, welche heute gar nicht erteilt werden können oder in der Botschaft und den zahlreichen bereits unterbreiteten Berichten enthalten sind. Wenn beispielsweise die Elektrizitätswirtschaft – mit oder ohne

Strommarktöffnung – Rationalisierungsmassnahmen zur Kostensenkung durchführt, so wird dies auch zu einer gewissen Reduktion des Personalbestandes führen. Und nun soll die Verwaltung bereits heute angeben können, wann und wo und wieviel Arbeitsstellen dadurch in der Zukunft abgebaut werden müssen.

Die gleichen Kreise fragen allerdings nicht danach, wie viele Arbeitsplätze wegen der verzögerten oder gar nicht stattfindenden Strommarktöffnung und der ständig steigenden Belastung durch Steuern und Abgaben ins Ausland verlegt werden. Einigen weiteren Begehren wurde im bundesrätlichen Gesetzesentwurf bereits

Rechnung getragen oder kann in der Detailberatung noch entsprochen werden. Aber eben, darum geht es gar nicht, sondern um eine möglichst lange Verschleppung der Vorlage.

Fördergabe als Pfand

Keineswegs verschleiert, sondern völlig klar und eindeutig geben die Exponenten der Kommissionsmehrheit zu verstehen, dass es ohne Fördergabe im Ausmass von mindestens 0,4 Rp./kWh keine Strommarktliberalisierung gebe, denn diese führe dazu, dass die Wasserkraft künftig nicht konkurrenzfähig sei und deshalb durch Subventionen gestützt werden müsse; gleiches gelte auch für die alternativen Energieformen. Die Auseinandersetzung über diese Förderabgabe im Rahmen eines Gegenvorschlages zur Solarinitiative steckt in der Differenzbereinigung zur Zeit beim Ständerat, dessen Mehrheit bisher keinesfalls eine 0,2 Rp./kWh überschreitende Förderabgabe zugestehen wollte. Dieser wird nun seitens der Mehrheit der UREK des Nationalrates der Messer an den Hals gesetzt, eine klare Erpressung! Es ist zu hoffen, dass der Ständerat nicht nachgibt, denn dieser Politikstil darf in der Schweiz nicht honoriert werden.

Kurzsichtige Status-quo-Bewahrer

Mit diesem ausgewogenen, in einigen wenigen Punkten noch verbesserungsfähigen Gesetzesentwurf könne die Schweiz den Markt in einem weiteren wichtigen

ZUM THEMA

.....
Jene Kreise, die am lautesten den raschen Beitritt der Schweiz zur EU fordern, sind dann, wenn es in einer Frage konkret wird, auch jene, die jeglichem Abbau von Markthindernissen möglichst grosse Steine in den Weg legen.

.....
Die gleichen Kreise fragen allerdings nicht danach, wie viele Arbeitsplätze wegen der verzögerten oder gar nicht stattfindenden Strommarktöffnung und der ständig steigenden Belastung durch Steuern und Abgaben ins Ausland verlegt werden.

.....
Die Bremser dieser notwendigen Reform – SP, CVP und Grüne – haben mit ihrer rückwärtsgewandten Politik fürs erste einen Erfolg errungen. Hoffen wir, dass es der letzte war!

Sektor zugunsten unserer Volkswirtschaft öffnen. Wie beim Fernmeldewesen wären starke positive Impulse für unsere Wirtschaft zu erwarten. Die Bremser dieser notwendigen Reform – SP, CVP und Grüne – haben mit ihrer rückwärtsgewandten Politik fürs erste einen Erfolg errungen. Hoffen wir, dass es der letzte war!

BEFRAGT  Christian Rathgeb, Rhäzüns

«Mit Rousseau diskutieren»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

Erfolg beruht auch darauf, ganz gewöhnliche Dinge ungewöhnlich gut zu machen!

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?

Auf weniger Gesetzen. Die KMU-Offensive der FDP hat klar gezeigt: Die Normendichte hat das Mass endgültig überschritten!

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

Gleichgültigkeit gegenüber Staat und Gesellschaft.

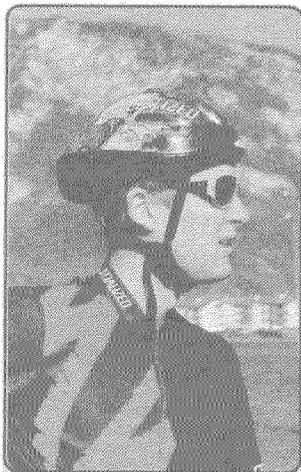
WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?

Wichtigste: die interaktive Kommunikationstechnologie. Entbehrlichste: das japanische Spielzeug «Tamagochi».

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

ZUR PERSON

NAME: Rathgeb
VORNAME: Christian
WOHNORT: Rhäzüns
ALTER: 29
HOBBIES: Reisen, Sport, Politik
MILITÄR: Hptm, Kdt Stabskmp Geb Inf Rgt 36
MITGLIED DER FDP-KREISPARTEI: Rhäzüns
AUSBILDUNG UND HEUTIGE TÄTIGKEIT: lic. iur. (Uni Zürich), Substitut im Rechtsdienst des Justiz-, Polizei- und Sanitätsdepartements und Doktorand (Verfassungsrecht).



Christian Rathgeb, einmal als Sportler...

Ein Bohrsystem, mit dem wir die Swissmetro bereits im Jahre 2000 einweihen können.

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

Die vier Sprachkulturen, den Meinungspluralismus, die gelebte Demokratie und natürlich die 150 Täler des Bündnerlandes.

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UN-SEREM LAND?

Dass wir nicht endlich beginnen, das zu werden, was

tements und Doktorand (Verfassungsrecht).

POLITISCHE TÄTIGKEIT: Mitgründer und Präsident der Jungen FDP Graubünden (1989-1991), Präsident des Jungen Forums für Militär- und Sicherheitspolitik Graubünden/Sarganserland (1994-1996), Mitglied der Verfassungskommission der Bündner Regierung (seit 1998), Präsident der FDP Kreispartei Rhäzüns (seit 1999), Initiator der Vision Graubünden 2003, Nationalratskandidat der FDP Graubünden.

wir können, sondern uns mit dem begnügen, was wir sind.

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?

In ein Europa der starken regionalen Strukturen, der Eigenverantwortung jedes Einzelnen und der totalen kommunikativen Vernetzung.

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

Meist sind tatsächlich Minderheiten zuerst Träger zukunftsgerichteter Konzepte. Aber jede wirklich gute Idee setzt sich eines Tages durch. So war es auch bei der Gründung unseres Bundesstaates.

GESETZT, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

Dem Gemeindepräsidenten von Rhäzüns, stellvertretend für alle Funktionäre, die weltweit auf kommunaler Ebene ihre Arbeit leisten.

WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

Indem sie/er nicht sofort auf jede Frage eine Antwort geben kann.

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

Die FDP ist die Partei mit einem überzeugenden Programm, dem Mut, Unpopuläres auszusprechen, und hat Visionen. Wer sich engagieren will, findet offene Türen und ein tolles Team.

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

Stärke: Die Köpfe ihrer Mitglieder.

Schwäche: Sie hat keinen Sponsor für Gratis-Kaffee- und Gipfeli-Veranstaltungen!

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

Wichtig ist mir Zuverlässigkeit, Ausdauer und Humor.

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN, WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?

Ich würde wieder Jus studieren. Die Juristerei ist eine gute Grundlage, um sich in den verschiedensten Gebieten betätigen zu können.

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

Keinen.

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?



... und einmal als Berufsmann.

STICHWORTE

INTERNET: meine Homepage: <http://www.fdp-gr.ch/christian.rathgeb>

SOZIALSTAAT: Nötig, soweit Notwendig.

NEAT: beschlossene Sache.

AGRARPOLITIK: AP 2002 konsequent umsetzen.

«ARENA»: unterhaltsame Politshow.

Es sind deren zwei. Ernst Mühleemann, ein politischer Brückenbauer, der unserem Land die Türen in den Osten geöffnet hat. Und Reto Gurtner, Unternehmer des Jahres, ein wirtschaftlicher Pionier. Bei beiden würde mich nicht nur ihre Persönlichkeit, sondern auch ihre Arbeitsphilosophie interessieren.

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

Mit Jean-Jacques Rousseau über Verfassungsrecht diskutieren.

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

Ein Unternehmen gründen und aufbauen, ein Snowboardkurs in der Alpenarena besuchen und mit einer Enduro die Sahara durchqueren.

Es sagte über...

«**Pointen zur aktuellen Schweiz.**» So nennt sich die Sammlung zeitgenössischer Zitate, vornehmlich aus der politischen Gegenwart. Der Herausgeber, Dr. Hansjörg Scheuber, schreibt in seinem Vorwort:

«In Nachbars Garten ist alles besser: Und so schielen auch wir Schweizerinnen und Schweizer gerne über den Zaun nach dem, was so verlockend von ennet der Grenze herübergrüsst. Schielen in nachbarliche Parlamente und Wahlkämpfe und freuen uns über geistreiche Reden und rhetorische Feuerwerke.

Neu ist die Feststellung tatsächlich nicht, auf schweizerischem Boden wüchsen nicht die originellsten und brillantesten Rhetorikblüten. Unsere politischen und gesellschaftlichen Diskussionen tragen meist den Stempel «extra trocken»; und das betrach-

ten wir durchaus als Standardmerkmal für besondere Seriosität. Kein Wunder, enthalten solche «Gewächse» wenig Prickelndes.

Dennoch beweist das vorliegende Buch, dass auch auf heimischen Gefilden ab und zu bunte Blüten wachsen. Der Herausgeber und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich durch die ins Kraut schiesende Fülle politischer und wirtschaftlicher Äusserungen geschlagen und für Sie – liebe Leserin, lieber Leser – einen bunten Strauss geistreicher, prägnanter oder einfach humorvoller Stilblüten gesammelt. Ein typisch schweizerischer, erfrischend aktueller und manchmal gar überraschender Strauss liegt vor Ihnen: Geniessen Sie ihn.» ■



Jetzt endlich Farbe bekennen

Die bilateralen Verträge sind längst unterzeichnet worden. Damit ist ein weiterer wichtiger Baustein in Richtung Normalisierung der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (EU) gesetzt worden. Die FDP fordert die Mitregierungsparteien SP und SVP dazu auf, jetzt endlich Farbe zu bekennen. Die Wählerinnen und Wähler haben ein Recht darauf, vor den Wahlen 1999 zu erfahren, welche Parteien diesen pragmatischen Schritt hin zu Europa befürworten und welche nicht.

Mit Freude hat die FDP von der Unterzeichnung der bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU Kenntnis genommen. Über vier Jahre nach der Eröffnung der Verhandlungen kann damit ein weiteres Kapitel aussenpolitischer Beziehungen der Schweiz geöffnet werden. Die bilateralen Verträge bringen die Voraussetzungen für eine gegenseitige Marktöffnung, welche der Schweiz wirtschaftliche Vorteile verschafft. Die FDP hat die Verhandlungen deshalb jederzeit gestützt und wird sie

auch im Parlament und nötigenfalls in einer Volksabstimmung entschlossen verteidigen.

Klare Situation schaffen

Die Schweiz muss jetzt in ihrem eigenen Interesse so rasch wie möglich auch im Innern eine klare Situation schaffen. Das Parlament wird im Spätsommer/Herbst 1999 die Verträge und sogenannte flankierende Massnahmen behandeln. Die FDP wird dafür kämpfen, dass keine Massnahmen beschlossen werden, welche die Vorteile der

bilateralen Verträge wieder zunichte machen.

Wo bleiben SP und SVP?

SP und SVP haben sich bisher einer klaren Stellungnahme zu den bilateralen Verträgen enthalten. Dabei liegen die Verträge seit Dezember 1998 vor. Die FDP hat die Beurteilung der Verträge mit positivem Resultat vorgenommen. Die FDP erwartet jetzt von den Mitregierungsparteien, dass sie jetzt endlich Farbe bekennen, zumal

■ die SP sonst bei jeder Gelegenheit den möglichst so-

fortigen EU-Beitritt fordert, aber nun schon bei der einfachen Vertragsform zaudert;

■ die SVP während der Debatte über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) stets bilaterale Verhandlungen als Alternative zum EWR rühmte, nun aber nicht zur Übernahme von Verantwortung bereit scheint, zumindest nicht vor den Wahlen.

28. AUGUST 1999 IN FREIBURG  *Wahlfest und DV*

Sicherheit durch Erneuerung

*Sehr geehrte Damen
und Herren*

Am 28. August 1999 läuten wir in Freiburg im Forum Fribourg bzw. ab Mittag im Collège Saint Michel die Schlussphase der Wahlkampagne für die Nationalratswahlen 1999 ein. Wir wollen dies mit einem denkwürdigen Anlass tun, welcher Substanz und Unterhaltung in abwechslungsreicher Form verbindet.

Am 26. Juni 1999 haben die Frauen in der FDP mit der «Ouverture» in Luzern eine Marke gesetzt: Über 600 Frauen waren anwesend.

In Freiburg geht es darum, dass wir mit einer grossen Präsenz zeigen, dass auch die FDP Schweiz zu mobilisieren vermag. Wir wollen ein Zeichen setzen, und zwar eines, das nicht zu übersehen ist. Die Devise heisst deshalb: Mobilisieren, mobilisieren und nochmals mobilisieren!



Wer freisinnig ist und etwas auf sich hält, ist am 28. August in Freiburg. Keine Entschuldigung gibt es für die Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich am 24. Oktober zur

Wahl stellen: Angesichts der Präsenz der Medien wäre eine Abwesenheit eine verpasste Chance.

Für Begleitpersonen, welche am Vormittag des 28. August nicht am eigent-

lichen Wahl-Kick-off im Forum Fribourg teilnehmen möchten, bieten wir ab 10 Uhr ein Rahmenprogramm mit Stadtbesichtigung (Train touristique, Besuch Kathedrale usw.) an.

Wir freuen uns auf Sie und auf ein gelungenes Fest!

*Johannes Matyassy,
Generalsekretär
FDP Schweiz*

Delegiertenversammlung: Steuerstopp-Initiative

Der Wahl-Kick-off der FDP Schweiz vom Samstag, 28. August 1999, in Freiburg ist eine ausserordentliche Delegiertenversammlung. Die Geschäftsleitung hat den Text der Steuerstopp-Initiative verabschiedet und beantragt den Delegierten die Lancierung dieser eidgenössischen Volksinitiative.

Ziel der Steuerstopp-Initiative ist die Stabilisierung der Steuerlast. Heute wird gleichzeitig auf ver-

schiedensten Ebenen und in verschiedensten Gremien an verschiedensten neuen Steuern gewerkelt, ohne dass ernsthaft nach einer entsprechenden Entlastung andernorts gesucht würde. Die FDP hat deshalb im Frühjahr bereits einen Steuerstopp verlangt, mindestens bis ein Gesamtkonzept in Steuer-sachen vorliege. Um tatsächlich die Stabilisierung der Steuern und Abgaben zu erreichen, will

die FDP nun eine Volksinitiative lancieren. Inhalt der Steuerstopp-Initiative ist ein siebenjähriges Moratorium in Steuersachen auf Bundesebene. Sollte die Steuerquote dennoch steigen, würden die überschüssigen Erträge je hälftig als Rabatt für die direkten Bundessteuern und für einen Beitrag an den AHV-Fonds verwendet.



Sie werden in Freiburg – mit vielen anderen auch – gefordert sein: Bundesrat Kaspar Villiger, Generalsekretär Johannes Matyassy, Fraktionspräsidentin Christine Beerli und Parteipräsident Franz Steinegger. (Bild ruti)

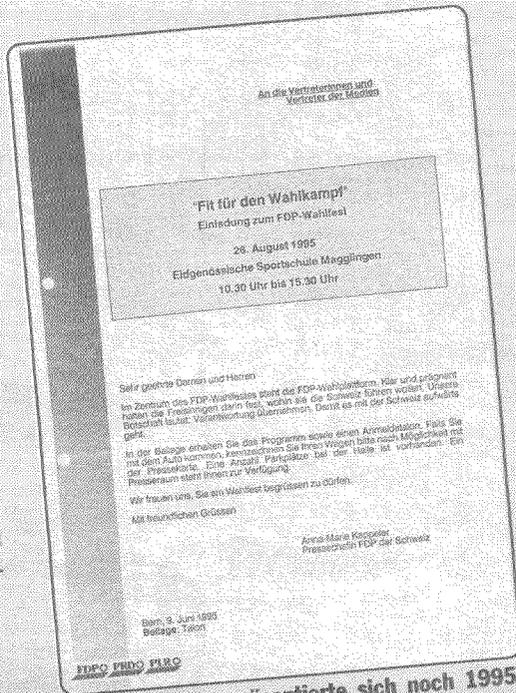
DAS PROGRAMM

Zünden Sie mit uns die entscheidende Stufe!

- Ab 09.00 Empfang und Präsentation des Videos «Die FDP 1995–1999»
- 09.45 Begrüssung durch den Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
- 09.50 Wahl der neuen Vizepräsidentin bzw. des neuen Vizepräsidenten der FDP Schweiz
- 10.00 Rahmenprogramm für Begleitpersonen mit Stadtbesichtigung (Train touristique, Besuch Kathedrale usw.)
- 10.00 Vorstösse der FDP:
 - «Für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule» Präsentation durch Nationalrätin Christiane Langenberger, Romanel sur Morges (VD)
 - Eidgenössische Volksinitiative «Steuerstopp» Vorstellung der Initiative durch Nationalrat Gerold Bühler, Thayngen (SH), und Nationalrat Yves Christen, Vevey (VD)
- Anschliessend Diskussion und Beschlussfassung über die Lancierung
- 10.40 **Switzerland is back!** Wirtschaftsvertreter im Gespräch mit Politikerinnen und Politikern

Der Wahl-Kick-off der FDP Schweiz a. o. Delegiertenversammlung

- 11.10 **Die FDP-KMU-Oscars** Ansprache und erstmalige Verleihung der FDP-KMU-Oscars durch Bundesrat Pascal Couchepin, Chef EVD
- 11.40 **Sicherheit durch Erneuerung** Ansprache zur Wahlplattform der FDP Schweiz durch den Parteipräsidenten, Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
- 12.00 **Schluss des ersten Teils** Anschl. Apéritif auf der Esplanade Tinguely
- Mittagessen und Unterhaltungsprogramm im Festzelt im Hof des Collège Saint Michel.
- Grussadresse der Präsidentin der FDP des Kantons Freiburg, Frau Claudia Cotting und
- Kurzansprache durch Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EFD



Geschichte: So präsentierte sich noch 1995 die Einladung ans Wahlfest...

«Wahl-Kick-off 1999» und a. o. Delegiertenversammlung Samstag, 28. August 1999

Samstag, 28. August / Freiburg

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Wahl-Kick-off/
a. o. Delegiertenversammlung
inkl. Mittagessen
Anzahl Personen: ... | <input type="checkbox"/> Rahmenprogramm
inkl. Mittagessen
Anzahl Personen: ... |
| <input type="checkbox"/> Wahl-Kick-off/
a. o. Delegiertenversammlung
ohne Mittagessen
Anzahl Personen: ... | <input type="checkbox"/> Rahmenprogramm
ohne Mittagessen
Anzahl Personen: ... |

Zimmerreservierung Freiburg

Anreisetag	1999	Abreisetag	1999	Nächte
<input type="checkbox"/> Einzelzimmer		<input type="checkbox"/> Doppelzimmer		

Meldet sich an für (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

Tel.: _____ Fax: _____

Bitte einsenden an
FDP der Schweiz, Wahl-Kick-off 1999
 Postfach 6136, 3001 Bern
 Fax (031) 320 35 00
 E-Mail: gs@fdp.ch

ZUR «MAULKORB-INITIATIVE» ◊ *Das Instrument als Verhandlungspfand*

Ohne Bundesrat und Parlament blieben Volksinitiativen folgenlos

Volksinitiativen tragen ihre Bezeichnung zu Unrecht. Weder sind sie Initiativen des Volkes noch haben sie jene Durchschlagskraft, die der Bezeichnung innewohnt. Die Idee, Parlament und Bundesrat faktisch zu entmündigen und über auch völkerrechtswidrige Begehren in-nerhalb sechs Monaten abzustimmen, wirft die Diskussion über dieses Instrument um 100 Jahre zurück. Auch damals dachten einige, man müsste direkt abstimmen, bis sie merkten, dass damit nichts erreicht wird.

VON BRUNO HOFER,
PERSÖNLICHER
MITARBEITER VON
BUNDES-RAT
KASPAR VILLIGER

Ohne Bundesrat und Parlament bleiben Initiativen folgenlos. Eine sofortige Abstimmung nach Einreichung würde materiell kaum etwas bewegen. Lehnen Volk und Stände ab, bleibt alles beim alten. Und wird angenommen, ist der Ball wieder im Parlament. Die Umsetzung des Volkswillens dauert dann gewiss seine Zeit. Vor allem aber haben die Initianten keine Möglichkeit mehr, Säumigkeit des Parlaments zu ahnden. Ihr Begehren ist erledigt. Eben durch die Volksabstimmung.

Behandlungsfristen sind festgelegt

Entgegen anderslautenden Behauptungen ist die Behandlung von Volksinitiativen nicht der Willkür preisgegeben, sondern im Gesetz geregelt. Es wurde vom Parlament verabschiedet und nach Ausbleiben des Referendums in Kraft gesetzt. Alles ist rechtens. Zwei Jahre Zeit hat der Bundesrat, zwei weitere das Parlament. In diesen maxi-

mal vier Jahren – wenn kein Gegenvorschlag kommt, sonst ein Jahr mehr – muss die «classe politique» sagen, wie sie zur Initiative Stellung nehmen will. Lässt das Parlament diese Frist verstreichen, ist keine Stellungnahme mehr möglich. Anschliessend setzt der Bundesrat den Abstimmungstermin fest.

In der Praxis ist es nun so, dass diese Behandlungsfrist genutzt wird, um die Anliegen der Initianten ernst zu nehmen. Häufig werden Volksinitiativen nach einer Weile deshalb obsolet, weil die Behörden den Wink mit dem Zaunpfahl erkannt haben und die Anliegen indirekt aufgenommen sind. Auch wenn es nicht zu formellen Gegenvorschlägen kommt, handeln die Behörden oft im Sinne der Initianten. Sie sind ja interessiert daran, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Eine Nichtreaktion kommt praktisch nie vor.

Zensuren für Bundesrat und Parlament

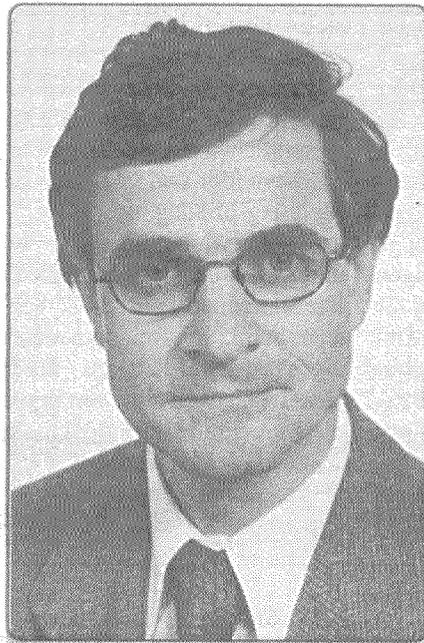
Die Volksabstimmung steht dann nicht mehr am Anfang eines Prozesses, sondern an dessen Ende. Es geht nicht mehr um die Frage: «Soll

etwas im Sinne der Initianten unternommen werden?» sondern es heisst: «Hat der Bundesrat auf die Initiative gut reagiert?» Nur wenn man Zeit hat, die Initiative zu beantworten, macht das Instrument überhaupt Sinn. Abstimmungen über Volksbegehren sind im Laufe der Jahrzehnte Zensuren für Bundesrat und Parlament geworden – wie Noten der Lehrer für die Schülerschaft.

Die Geschichte der Volksinitiativen zeigt das. Als das Instrument 1891 eingeführt wurde, ging man in der Tat politisch davon aus, dass das Volk selber zu Wort kommen solle. Mit der Zeit sah die Opposition aber ein, dass diese «urkonzeptionelle Initiative» nichts bringt. Eine Untersuchung,¹ die bis ins Jahr 1986 reicht, zeigt auf, dass von jenen 25 Volksbegehren, die solche unkonzeptionellen Charakterzüge trugen, keine einzige von Volk und Ständen gutgeheissen worden war.

Rückzug der Initiativen bei guter Reaktion

Es belebte sich hingegen im Laufe der Zeit die Diskussion um Gegenvorschläge, Rückzugsmöglichkeiten und Behandlungsfristen. Mehr und mehr wurde die Initiative zu einem Verhandlungspfand. Sie wird



Bruno Hofer

eingereicht und dann wird der «classe politique» auf die Finger geschaut. Handelt sie gut, wird zurückgezogen. Das geschieht häufig, da Abstimmungen auch Geld kosten. Handelt sie schlecht, wird die Initiative als Drohgebärde aufrechterhalten. Die Volksinitiative wirkt somit weniger durch ihre Abstimmung denn als Drohgebärde. Dies zeigt sich übrigens auch darin, dass manchmal bereits bei der Lancierung auf sie reagiert wird...

Neben Ständemehr, Konkordanz, Referendum und Petition ist die Volksinitiative somit ein Instrument wie ein anderes auch im typisch eidgenössischen System der halbdirekten Demokratie. Es hat seinen Platz in vielen Jahren der Entwicklung gefunden. Wer in 6 Monaten über Initiativen abstimmen will, und das erst noch ohne Stellungnahmen durch Behörden,

ZUM THEMA

Entgegen anderslautenden Behauptungen ist die Behandlung von Volksinitiativen nicht der Willkür preisgegeben, sondern im Gesetz geregelt.

In der Praxis ist es nun so, dass diese Behandlungsfrist genutzt wird, um die Anliegen der Initianten ernst zu nehmen.

Wer in 6 Monaten über Initiativen abstimmen will, und das erst noch ohne Stellungnahmen durch Behörden, der wirft dieses Instrument ins 19. Jahrhundert zurück.

der wirft dieses Instrument ins 19. Jahrhundert zurück. Und wer Völkerrecht als Masstab für die Schweiz abschafft, isoliert uns international. Und wer bezahlte Sammler von Unterschriften einsetzt, beweist eine Geringschätzung der vielbeschworenen Mündigkeit des Bürgers, die sonst hochzuhalten er nie müde wird.

¹ Bruno Hofer: Die Volksinitiative als Verhandlungspfand. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft. 27 1987, Abstimmungen und Wahlen 207ff.

KOLUMNE

Waffenschein fürs Politisieren?



Eine einigermaßen kohärente schweizerische Medienpolitik gibt es nicht. Sie besteht lediglich in Bruchstücken und Widersprüchen. Die Spannweite reicht von mehr oder weniger liberalen Regelungen für die Presse bis zum mehr oder weniger repressiven Regime für Radio und Fernsehen. Immerhin lässt sich eine Grundhaltung erkennen.

Sie zielt auf die unabhängige Meinungsbildung der mündigen Bürgerinnen und Bürger, wie es für das Funktionieren der direkten Demokratie als notwendig gilt. So ist beispielsweise die SRG-Konzession u.a. an die Auflage geknüpft, «zur freien Meinungsbildung, namentlich durch sachgerechte Information», beizutragen. Lokale und

regionale Radio- und Fernsehveranstalter müssen die «Meinungsbildung über Fragen des Zusammenlebens» in ihrem Einzugsgebiet ermöglichen.

Und wann immer die Politik sich – übereifrig – anschickt, auch Zeitungen mit dem Segen des legitimierenden Wirkens zu beglücken, bezieht sich die Begründung im wesentlichen auf die Sicherung der Pressevielfalt und eben der freien Meinungsbildung.

Lassen wir das einmal so stehen und fragen uns, was denn die Politikerinnen und Politiker selber leisten, damit wir frei, souverän und eigenverantwortlich zu unserem Urteil gelangen und im Ergebnis die Demokratie lebendig erhalten.

Es ist leider wenig. Einen unübersehbaren Beweis liefert die Tatsache, dass die Mehrheit des

Stimmvolks regelmässig den Urnen fernbleibt. Der Ursachen sind viele. Eine liegt ohne Zweifel darin, dass uns die Politikerinnen und Politiker nicht wahrhaftig in die öffentliche Diskussion einbeziehen. Wir werden als mündige Bürgerinnen und Bürger zu simplen Empfängern von holzschnittartigen Werbebotschaften degradiert.

Die seltenen Ausnahmen bestätigen die Regel. Und die Slogans der Parteien wiederum, die im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen in Inseraten und Plakaten auftauchen, bestätigen, wofür wir gehalten werden: für politische Einfaltspinsel.

Was sich Diskussion nennt, ist ein ritueller Schlagabtausch mit vorgestanzten Voten, die einer einzigen Überzeugung folgen: dass die eigene Position stets richtig, die gegnerische ewig falsch ist. Es dürfte schwerfallen, in sämtlichen bisher ausgestrahlten «Arena»-Sendungen wenigstens einen Beleg dafür zu entdecken, dass jemand im privilegierten Gefechtsstand oder hinter dem Viehgatter seine Meinung änderte und dies ehrlich bekannte.

Der Einwand, die «Arena» sei höchst beliebt, vergisst, wie unheimlich ein Parlamentarier die dreinschlagende «Arena»-Me-

thode beherrscht und darum auch ausserhalb der Sendung gnadenlos praktiziert: der Volkstribun Dr. Christoph B. Er blocht und bolzt – und bodigt, was ihm nicht passt. Wer wollte behaupten, hier finde eine freie Meinungsbildung statt?

Es handelt sich ums Gegenteil und bringt Erfolg. Die Versuchung ist deshalb gross, nach dem ersten Irrtum, die eigene Auffassung sei unfehlbar richtig, auch einem zweiten aufzusitzen: dass der Zweck die Mittel heilige. Und chelos siegen besser sei als ehrenhaft verlieren. Also kühn wie Kar voran und hemmungslos den Zweihänder mit demagogischem Schwung auf die Köpfe sausen lassen? Dann braucht es fürs Politisieren bald einen Waffenschein.

Der von den Politikern verlangte Medienbeitrag zur freien Meinungsbildung beginnt mit Politikern, die uns die freie Meinungsbildung zutrauen und ebenso glaubwürdig wie packend und belehrbar argumentieren. Wer die Weisheit mit Löffeln gefressen hat, dem ist der Appetit auf die Demokratie vergangen.

Alex Bänninger, Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes
der Schweiz, Zürich

Schweizer Ärzte
in Afrika –
helfen Sie mit!SOLIDAR
MED

SolidarMed: Schweiz.
Organisation für die
medizinische Zusammenarbeit
mit Afrika, gegründet 1926
☐ ZEWO-anerkannt



Jeder Beitrag ist willkommen:
Postkonto 60-1433-9
Herzlichen Dank!

- Entsendet Schweizer Ärztinnen und Ärzte sowie andere Fachleute nach Afrika, um **Landspitäler medizinisch, technisch und betriebswirtschaftlich zu unterstützen**.
- Hilft der armen Bevölkerung in ländlichen Gebieten von Lesotho, Zimbabwe, Moçambique und Tanzania durch Unterstützung beim Aufbau der **Basis-Gesundheitsversorgung**.
- Baut keine teuren Zusatz-Organisationen auf, sondern arbeitet in den bestehenden lokalen Institutionen mit – im Sinn der Nachhaltigkeit und der **Hilfe zur Selbsthilfe**.
- Führt Projekte im Auftrag der Schweizerischen Eidgenossenschaft aus – ein Beweis für die **Seriosität, Kompetenz und Erfahrung** von SolidarMed.

Weitere Informationen sind
bei der Geschäftsstelle erhältlich:
Telefon 041 - 360 66 67, 6000 Luzern 12
<http://www.medicusmundi.ch/solidar.htm>

deutsch

français

www.fdp.ch

Besuchen Sie

unsere neue

homepage!

Willkommen bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz
Bienvenue chez la Démocratie Libérale et Radicale de Suisse

FDP

PRD

Von allen guten Geistern verlassen!

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) können es kaum fassen, dass das Parlament den Währungsartikel abgelehnt hat. Die Allianz von ewiggestrigen SVPlern und SP-Fundis hat gespielt.

Damit hat die SVP unter Beweis gestellt, dass sie niemals eine Wirtschaftspartei sein kann, wenn sie sich nicht mit voller Kraft für Preisstabilität und Inflationsbekämpfung ein-

setzt. Populistische Scheinerfolgsmeldungen sind ihr offenbar wichtiger.

Die SP verfolgt mit ihren Strahmschen ideologischen Scheuklappen eine Geldpolitik von vorgestern. Zu deren Durchsetzung scheint ihr jedes Mittel recht zu sein – auch der Pakt mit der SVP. Dass die SP damit geholfen hat, die Verwirklichung der Solidaritätsstiftung zu verhindern, scheint sie wenig zu kümmern.

VERZICHT AUF BEWAFFNUNG ◉ JFS empört

Bundesrat kuscht vor Rechtsaussen-Front

Die Jungfreisinnigen unterstützen die Beteiligung der Schweiz an der multinationalen «Kosovo-Force» (Kfor). Dieser Beitrag muss aber für die Schweizer Soldaten unter vernünftigen Bedingungen geleistet werden. Dazu gehört, dass alle Armeeangehörigen zum Selbstschutz und zur Nothilfe mit ihrer persönlichen Waffe bewaffnet sind

und die zum internationalen Standard gehörenden Schutzvorkehrungen vorhanden sind. Dazu gehören auch leicht gepanzerte und bewaffnete Fahrzeuge.

Die Jungfreisinnigen sind empört, dass der Bundesrat mit seinem Entscheid vor der Kaltfront von rechts aussen zurückgeschreckt ist. Sie fordern den Bundesrat auf, auf seinen Ent-

scheid zurückzukommen und die Bewaffnungsfrage so zu lösen, wie es eines souveränen Staates würdig ist und wie es den internationalen Standards entspricht.



Die jüngsten Jungfreisinnigen

Die Jungfreisinnigen waren auch an der «Ouverture» der Frauen in der FDP am 26. Juni in Luzern vertreten. Unter anderem mit einem Bébé einer ehemaligen Präsidentin der JFS...

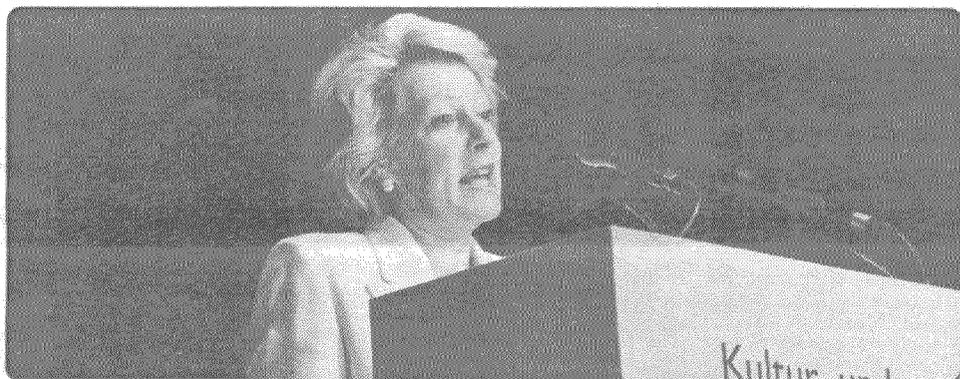
(Bild ruti)

26. JUNI 1999 ◉ Kultur- und Kongresszentrum Luzern

Ouverture der Frauen in der FDP

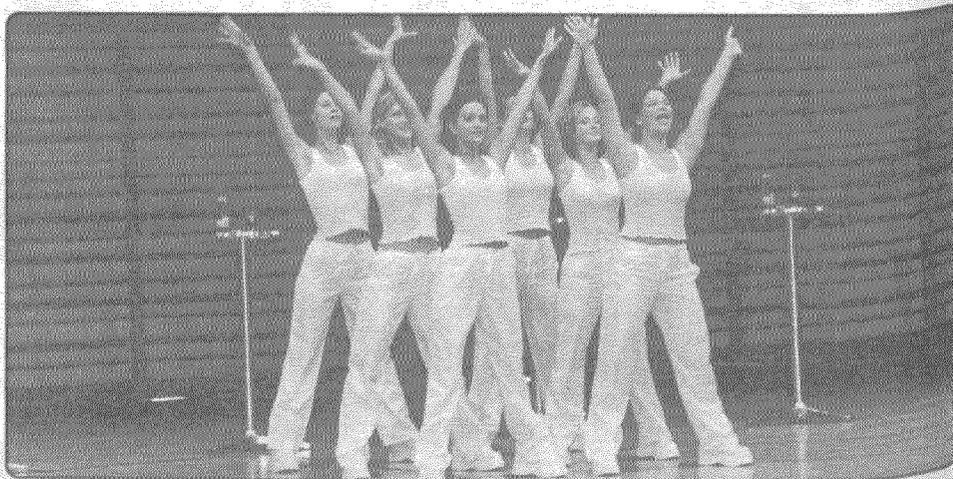
Impressionen

(Bilder ruti)



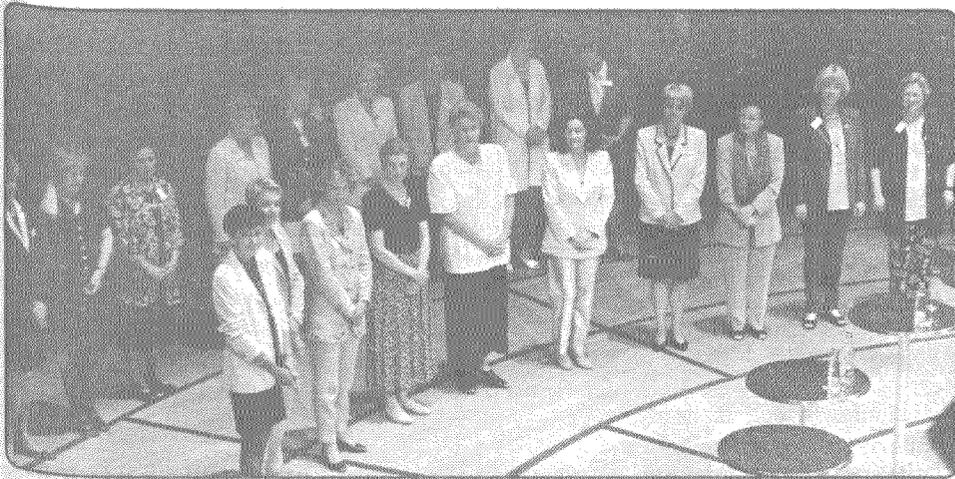
Gerne möchte ich Ihnen noch persönlich für die einmalige FDP-Frauen-Ouverture danken. Es war ein Tag voller Kreativität, Gehalt und Lebendigkeit. Und es hat Mut gemacht!

Ganz herzliche Gratulation zum gelungenen Anlass und zu Deiner tollen Organisation! Ich war humorvoll und intelligent unterhalten vom ersten Moment bis zum Bhaltis. Der Ausflug nach Luzern hat uns allen sehr gefallen.



Herzliche Gratulation und vielen Dank für den tollen Anlass. Er war informativ, interessant, und durch den ganzen Anlass lief ein charmanter Fächer – ganz mit Herz, wie es sich Marianne Kleiner wünscht. Nochmals ein herzliches Dankeschön auch von den anderen Glarner Frauen.

Es war ein Supertag in Luzern.



Gratulation für diesen Superanlass in Luzern! Intensiv, abwechslungsreich, politisch, musisch, lieblich, hochstehend, schlicht Spitze.

Ouverture

**Es war eine ausgezeichnete Veranstaltung mit viel, viel Inhalt.
Herzlichen Dank für die gute Arbeit, sie wird geschätzt!**



Kosovo ◉ FDP-Delegation informierte sich vor Ort

Rückkehr von Flüchtlingen für den Wiederaufbau

Eine FDP-Delegation besuchte während dreier Tage Kosovo und traf dabei viele Vertreter der vom Krieg heimgesuchten Bevölkerung, aber auch die Präsidenten der politischen Parteien und die Kommandanten der militärischen Sektoren.



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann: «Die Schweiz muss endlich von der reinen Beherbergungspolitik wegkommen.» (Bild rufi)

VON FDP-NATIONALRAT ERNST MÜHLEMAN, ERMATINGEN (TG)

Die Kontrolle von Ruhe und Ordnung unter der überlegenen Führung des englischen Generals Michael Jackson funktioniert ausgezeichnet und wird von der einheimischen Bevölkerung begeistert begrüsst. Der zivile Aufbau unter Führung der Uno steckt noch in den Anfängen, so dass in den Städten und Dörfern ein administratives Vakuum besteht. Auch die Hilfsaktionen von UNHCR, EU, OSZE und Europarat sollten jetzt energisch in Angriff genommen werden, denn bei der kriegsgeschädigten Bevölkerung macht sich erfreulicherweise eine konstruktive Aufbruchstimmung breit.

Sofortprogramm zur Verbesserung der Situation vor Ort

Für die Schweiz ergeben sich dabei folgende Schlussfolgerungen:

1. Die Kriegsschäden sind, mit Ausnahme der Grenzgebiete gegenüber Albanien und Montenegro, weit geringer als angenommen, so dass der Wiederaufbau der Infrastruktur im Gebäudebereich sofort beginnen

kann und mit dem Winter einbruch abgeschlossen sein sollte. Die einheimische Bevölkerung kann diese Arbeiten ausführen, wenn das Baumaterial und die Werkzeuge sofort geliefert werden. Eine fachspezifische Betreuung ist wünschenswert, so dass der kleine Stab der Katastrophenhilfe in Pristina auf 20 Mitarbeiter aufgestockt werden sollte.

2. Die Flüchtlinge aus Albanien und Mazedonien kehren spontan zurück und verlassen trotz Kriegsschäden ihre Heimat nicht mehr. Es ist wichtig, dass auch die Rückführung der Kosovo-Flüchtlinge aus der Schweiz sofort beginnt, denn das Land braucht jetzt für den Wiederaufbau alle Menschen. Es ist nicht zu erwarten, dass mit dem Winter einbruch eine neue Flüchtlingswelle die Schweiz erfassen wird.

3. Die humanitäre Sofortaktion «Focus» der Staaten Schweiz, Russland und Griechenland ist fortzusetzen, denn nur sie scheint vorläufig voll ak-

tionsfähig. In den meisten Dörfern fehlt es an medizinischer Betreuung, und überall sind zu wenig Medikamente vorhanden.

4. Der Wiederaufbau der lokalen Administration

scheint vordringlich, denn mit dem Abzug der Serben verliessen auch die meisten Verwaltungsbeamten das Land. Die Schweiz sollte hier, mit dem Europarat zusammen, dörfliche Strukturen schaffen und das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien fördern. In diesem Zusammenhang muss auch die Parteilarbeit unterstützt werden, damit anstelle von Konfrontation eine demokratische Kooperation entsteht.

5. Die militärische Hilfe der Schweiz im deutschen Sektor wird begrüsst, sofern unsere Kompanie vornehmlich aus Fachspezialisten besteht. Auch der Einsatz des Super-Puma-Detachements wäre hilfreich und könnte vom Flugplatz

Pristina aus erfolgen. Im weiteren wäre der Einsatz von Minensuchhunden wichtig, um die modernen Plastikminen zu finden.

6. Auf diplomatischem Gebiet muss die Schweiz angesichts ihrer engen Verbindung mit Kosovo mehr nationale Flagge zeigen. Die Schweiz darf nicht nur Hilfsorganisationen für andere Hilfsorganisation sein, denn der bilaterale Weg geht schneller und ist wirksamer. Man sollte sofort ein Konsulat in Pristina einrichten, und auch der Besuch eines Bundesrates ist überfällig. Die Schweiz muss endlich von der reinen Beherbergungspolitik wegkommen und Hilfe vor Ort auch bei der Krisenbewältigung in den Vordergrund rücken.

Arbeitsfähige Kosovo-Vertriebene: Aufruf zur Rückkehr

Die Liberale Partei Kosovo (PLK) hat die DP um einen Aufruf in diesem Sinne gebeten. Die FDP spricht sich zudem dafür aus, dass flankierend zur Rückkehrhilfe ein zeitlich beschränkt gültiges Arbeitsverbot für Asylbewerber aus Kosovo geprüft wird.

Die FDP ruft auf Grund einer dringenden Bitte der Liberalen Partei Kosovos (PLK) alle arbeitsfähigen Vertriebenen auf, sich möglichst rasch in ihre Heimat zu begeben. Sie werden dort für den Aufbau wirtschaftlicher, sozialer und

politischer Strukturen dringend gebraucht. PLK-Präsident Gjergj Dedaj hält eine Rückkehr von rund neunzig Prozent aller Vertriebenen vor Wintereinbruch nach wie vor für möglich und wichtig. Ohne eine massive Präsenz von Kfor-Truppen wäre dies allerdings nicht möglich. Die wiederholten Übergriffe zeigen auch, dass die Bewaffnung zum Selbstschutz Voraussetzung für eine gesicherte Entsendung von Truppen ist.

Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb Hunderttausende aus den Nachbarstaaten Kosovos freiwillig und rasch zurückkehren. Tausende arbeitsfähiger

Vertriebener aber noch in der Schweiz sind. Bund und Kantone müssen entsprechend klare Signale senden. Die FDP begrüsst deshalb die Prüfung eines zeitlich beschränkt gültigen Arbeitsverbots für Asylbewerber aus Kosovo in Verbindung mit einer angemessenen Rückkehrhilfe und der Hilfe vor Ort, welche in erster Linie in Kosovo selber erfolgen muss. Arbeitsfähige, in der Schweiz anwesende Asylbewerber sind während der Gültigkeit des Arbeitsverbots in gemeinnützigen Programmen, die nicht in Konkurrenz zu bestehenden privaten Angeboten stehen, zu beschäftigen.

In tiefer Verehrung der weiblichen Schönheit

Torso der Adele oder die Kunst des Weglassens

Durch die Konzentration auf das Wesentliche in der Bewegung dieses makellosen Frauenkörpers verdichtet sich die Energie seiner Ausstrahlung. Der Torso der Adele ist ein einziges vorbehaltloses JA zum Leben, JA zur Liebe, JA zur Freude an der Schönheit.

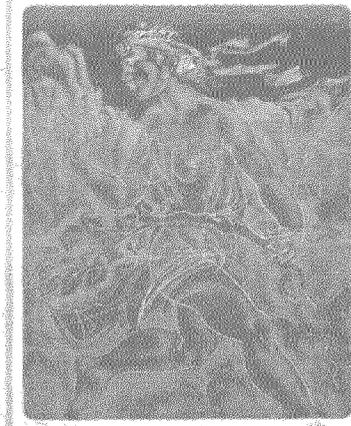


Limitierte Auflagen mit Zertifikat

Auguste Rodin
Torso der Adele ca. 1882
 Höhe der Skulptur mit
 Marmorsackel 46,5 cm.
 Mit Signatur A. Rodin, nummeriert, mit Zertifikat.
 In echter Bronze Fr. 2 980.-
 In Cold-Cast-Bronze
 Fr. 1 480.-

Mit jeder Skulptur erhalten Sie eine Museumsploquette mit der Inschrift «Auguste Rodin, 1840-1917», die Sie auf Wunsch am Sockel befestigen können. Ausserdem wird jedes Kunstwerk von einem nummerierten und signierten Zertifikat begleitet.

Bacchantinnen (Aufbruch/Erwartung)



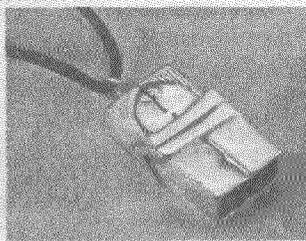
«Aufbruch»
 Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von **Hans Erni** in limitierter Auflage von 150 Exemplaren, Werkverzeichnis-Nr. 764, mit Zertifikat. Format 76 x 56 cm, Fr. 2 900.-
 In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format gerahmt 87 x 72 cm, Fr. 3 490.-

Original-Lithographien von Hans Erni

«Erwartung»
 Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von **Hans Erni** in limitierter Auflage von 150 Exemplaren, Werkverzeichnis-Nr. 766, mit Zertifikat. Format 76 x 56 cm, Fr. 2 900.-
 In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format gerahmt 87 x 72 cm, Fr. 3 490.-



Eine berühmte Liebeserklärung in der Kunst des 20. Jahrhunderts



The Kiss
 Bezaubernder Anhänger nach der berühmten Stein-Skulptur von **Constantin Brancusi** aus dem Jahr 1916. Sehr subtil gearbeitet, sieht der Betrachter erst auf den zweiten Blick, dass es sich um ein sich umarmendes und küssendes Liebespaar handelt. Eine Exklusiv-Edition für das Philadelphia Museum of Art. Anhänger aus vergoldetem Messing. Höhe 3,8 cm, Breite 2,3 cm, Tiefe 1,7 cm, an einer langen schwarzen Satinkordel.
 Fr. 118.-

Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke:

Bacchantinnen von Hans Erni:

- «Aufbruch», ungerahmt Fr. 2 900.-
 in echt Weissgoldrahmen Fr. 3 490.-
 «Erwartung», ungerahmt Fr. 2 900.-
 in echt Weissgoldrahmen Fr. 3 490.-
 «Torso der Adele», in Cold-Cast-Bronze Fr. 1 480.-
 in echter Bronze Fr. 2 980.-
 Mit Signatur A. Rodin, nummeriert, mit Zertifikat
 «The Kiss», Anhänger aus vergoldetem Messing Fr. 118.-

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihren Kunstkatalog.

115 4FDP/7/99 3320

Name _____
 Vorname _____
 Str./Nr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon _____ Geb. Datum _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Preise inkl. MWST., zusätzlich Versand- und Versicherungskostenanteil.

Einsenden an: «FDP» Artefides, Haldenstr. 47, CH-6006 Luzern, oder via Fax 041-417 20 51

FDP-ACADEMY ◉ *Besondere Ausbildung im Wahljahr*

(Hoffentlich) erfolgreiche Ausbildung für Kandidierende



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi im beschwingten Gespräch mit Nationalratskandidatinnen.

Die FDP Schweiz bietet ihren Kandidierenden für die eidgenössischen Parlamentswahlen im Herbst ein umfangreiches Schulungsprogramm an. Neben fachspezifischen Tagungen lernen die Kandidierenden in speziellen Seminaren, den FDP-Academies, ihre Argumente überzeugend zu kommunizieren und mit Medien umzugehen – ein wichtiges Element für einen erfolgreichen Wahlkampf.

VON MARKUS GRÄDEL,
ASSISTENT WAHLEN 99
FDP SCHWEIZ

Bereits haben rund 40 Kandidierende an den Academies in Diessenhofen (TG) und in Thun teilgenommen. Eine dritte Academy wird Mitte August in Horgen (ZH) durchgeführt.

Die Kandidierenden werden von ausgewiesenen Fachleuten ausgebildet: So referiert etwa die Kommunikationsberaterin und

frühere Fernseh-Moderatorin Silvia von Ballmoos über erfolgreiche Kommunikation. Mit der Rapperswiler Buchautorin Bettina Jaques-Bosch («So gewinnt man Wahlen») erarbeiten die Kandidierenden ihr persönliches Profil im Hinblick auf ihren Wahlkampf.

Besonders spannend für die neu Kandidierenden sind die Gespräche mit gestandenen Bundesparlamentariern. Die Chance, mit Leuten wie Franz Steiner, Christine Beerli, Erich Müller oder Gerold Bühler über ihre Erfahrungen im Wahlkampf und ihre Erlebnisse in Bundesbern zu diskutieren, wurde von allen Teilnehmern als äusserst aufschlussreich empfunden. «Bleiben Sie sich selbst», «Sie müssen zu den Leuten auf die Strasse gehen» oder «Wichtig ist, dass Ihnen die Politik und der Wahlkampf immer Spass machen» sind Tips aus erfahrenem Mund, die den Teilnehmern im Gedächtnis bleiben werden.

Neben der FDP-eigenen Ausbildung können sich die



Konzentrierte Zuhörer in einem der Medien-Workshops.



Typisch für die FDP-Academies: Teamwork zwischen dem Jungfreisinnigen Rouven Lochmüller und der erfahrenen Exekutiv-Politikerin Susanne Brunschweiler (beide TG) beim Erstellen eines Persönlichkeitsprofils.

Kandidierenden auch an den Medien- und Argumentationstrainings der Wirt-

schaftsförderung (wf) ausbilden lassen. Ende August findet ausserdem speziell

für jüngere Kandidierende eine Sommer-Universität in Neuchâtel statt.

Wahlkampf-Lädeli **der FDP Schweiz**

**Bestellen Sie die Liste
der Werbemittel der FDP Schweiz
für die eidgenössischen Wahlen
vom 24. Oktober 1999 bei:**

**FDP Schweiz, Erwin Aebischer
Postfach 6136, 3001 Bern**

Tel. (031) 320 35 35

Fax (031) 320 35 00

oder via E-Mail: gs@fdp.ch

LUZERN  «Overture» am 26. Juni 1999

Einen Schritt weitergekommen . . .

Die FDP Frauen Schweiz haben an der «Overture» in Luzern eine Resolution aufgelegt, welche Blockzeiten und freiwillige Tagesschulen auf Grundschulebene verlangt. Die Präsidentin der freisinnigen Frauen Schweiz, Sibylle Burger-Bono, nimmt Stellung zu dieser Forderung.

SIE BEGRÜNDEN DIE EINFÜHRUNG VON BLOCKZEITEN UND FREIWILLIGEN TAGES-SCHULEN U.A. MIT DEM GESTIEGENEN WIRTSCHAFTLICHEN DRUCK. HAT SICH DAS BILD ERWERBSTÄTIGER FRAUEN GEWandelt?

Die veränderten gesellschaftlichen Realitäten führen dazu, dass sich die Frauen nicht mehr wie vor 30-40 Jahren darauf verlassen können, in einer Ehe ein Leben lang wirtschaftlich unterstützt zu werden. Auch für die Männer ist die lebenslange Garantie des Arbeitsplatzes nicht mehr gegeben, Flexibilität und Mobilität sind nicht nur Stichworte, sie werden im Ar-

beitsprozess immer wichtiger. Dazu kommen die hohen Scheidungsraten, die gesamtschweizerisch bei knapp 40% liegen. Man mag diese Entwicklungen bedauern, sie bleiben trotzdem eine Tatsache. Es ist deshalb für jede Frau wichtig, wirtschaftlich selbständig zu bleiben oder es nach einer intensiven Kinder- und Familienphase wieder zu werden. Mit den vor uns stehenden Änderungen der II. AHV-Revision, die auf dem Bild der wirtschaftlich völlig selbständigen Frau basieren, wird dieser Trend noch verstärkt.

GIBT ES NEBEN DEN WIRTSCHAFTLICHEN ARGUMENTEN

AUCH SOZIALE BEWEGGRÜNDE FÜR DIE EINFÜHRUNG VON FREIWILLIGEN TAGES-SCHULEN?

Die heutige Entwicklungspsychologie des Kleinkindes geht davon aus, dass Kinder ab ca. drei Jahren in ihren sozialen Fähigkeiten am besten in Gruppen mit anderen Kindern gefördert werden. Die heutige Kleinfamilie bietet hier zu wenig Anregung. Kinder in diesem Alter lernen in gemischtaltrigen Gruppen besser und entwickeln ihre Fähigkeiten im Team, was ihnen später zugute kommt. Bereits vor 150 Jahren hat die berühmte Pädagogin Maria Montessori die Grundlagen dazu erarbeitet. Im Kanton Tessin werden deshalb seit Mitte des letzten Jahrhunderts Kindergärten mit Tagesstrukturen ab drei Jahren nach diesen Prinzipien angeboten. Diese sind freiwillig, werden aber von über 95% aller

Kinder benutzt, auch wenn die Eltern für die Verpflegung einen geringen Betrag entrichten müssen.

WARUM IST ES IN DER DEUTSCHEN SCHWEIZ SO SCHWIERIG, BLOCKZEITEN ODER GAR TAGES-SCHULEN EINZUFÜHREN?

Die Vorstellung, die Kinder den ganzen Tag in der Schule belassen zu müssen, hat für viele Eltern etwas Bedrohliches. Familien in der Deutschschweiz haben auch häufig noch die Tendenz, die herkömmliche Rollenverteilung der Eltern – Mann ernährt, Frau betreut – als Idealvorstellung zu pflegen. Frauen, die versuchen, Erwerbsarbeit mit Kinderbetreuung zu verbinden, werden häufig diskriminiert, und zwar nicht unbedingt auf dem Arbeitsmarkt, sondern in ihrem sozialen Umfeld, den Herkunftsfamilien, den Nachbarn. Sobald es für Frauen

selbstverständlicher wird, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, und dieser Trend ist unumkehrbar, werden diese Anfeindungen aufhören.

WAS GESCHIEHT NUN MIT DER RESOLUTION DER FDP FRAUEN SCHWEIZ?

Die Resolution soll mit mindestens 50 000 Unterschriften dem Bundesrat, aber auch den Kantonsregierungen eingereicht werden. Von den Antworten versprechen wir uns wichtige Impulse. Diese werden wir in geeignete parlamentarische Vorstösse, sowohl im Bund wie auch in den Kantonen, umsetzen, sofern die Regierungsstellen nicht von sich aus tätig werden. In den Kantonen sind zur Zeit wichtige Gesetzesänderungen z. B. im Steuerbereich hängig. Hier gilt es einzuhaken.

Resolution «für eine kinder- und elternfreundliche Grundschule»

Eltern schulpflichtiger Kinder sehen sich in vielen Kantonen mit folgenden Problemen konfrontiert:

Heute müssen oder wollen mehr und mehr beide Elternteile und Alleinerziehende berufstätig sein. Dafür ausschlaggebend sind finanzielle Gründe oder die Tatsache, dass in vielen Berufen ein mehrjähriger Unterbruch in der Erwerbstätigkeit zu einem fast nicht mehr aufholbaren Wissensrückstand führt. Wo genügend Einkommen vorhanden ist und dies gewünscht wird, kann die Delegation von Haus- und Betreuungsarbeit wie seit je individuell erfolgen. Es sind aber auch private, gemischtwirtschaftliche, allenfalls staatliche Betreuungseinrichtungen zu schaffen. An den Schulen sind Blockzeiten

einzuführen, damit ein einigermaßen geregelter Tagesablauf auch bei Berufstätigkeit der Eltern möglich ist. Im Interesse der Kinder sind, unterstützend zu privaten Angeboten, freiwillige Tagesschulen einzurichten.

Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Müttern ist die Möglichkeit der Kinderbetreuung durch Drittpersonen. Die dafür aufgewendeten Kosten müssen als Gewinnungskosten von den Steuern abgezogen werden können.

Heute erwarten die Arbeitgeber von vielen Familien Mobilität. Während der Ausbildungszeit der Kinder finden nicht selten mehrere Umzüge statt. Wenn in jedem Kanton wieder ein anderes Schulmodell gilt, erschwert dies den Anschluss.

So wird ein einfacher Übertritt der Schulkinder bei einem Wohnortwechsel verhindert. Dies steht auch dem Austausch zwischen den Landesteilen entgegen. Unterrichtsziele und Übertrittsbedingungen sollen mindestens in den Kernfächern harmonisiert werden.

Fremdsprachenkenntnisse sind heute wichtiger denn je. In allen Berufszweigen sind entsprechende Kenntnisse erforderlich. Die Kinder sollen bereits in der Grundstufe in Fremdsprachen unterrichtet werden. Dabei soll einer zweiten Landessprache nach wie vor Priorität zukommen.

Der Eintritt in die Grundschule soll früher als heute erfolgen, damit die spielerischen Lernfähigkeiten der Kinder besser gefördert werden können.

Die FDP Schweiz, die FDP Frauen Schweiz und die Jungfreisinnigen Schweiz fordern des-

halb vom Bundesrat und den Kantonsregierungen Massnahmen, damit

- a) die Realisierung und der Betrieb von privaten, halbprivaten oder öffentlichen freiwilligen Tagesschulen von Bund und Kantonen unterstützt und steuerlich begünstigt werden
- b) Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten von den Steuern abgezogen werden können
- c) die grundlegenden Unterrichtsziele und die Übertrittsbedingungen der obligatorischen Volksschule zwischen den Kantonen harmonisiert werden
- d) der Unterricht einer zweiten Landessprache von der Grundschule an vorrangig erfolgt
- e) die fakultative Einführung ins Englische in der Grundschule beginnt
- f) der Beginn der Grundschule im 5. Altersjahr festgelegt wird.

«FREISINN»-WETTBEWERB  Die richtige Antwort

... aus der Steuerstopp-Initiative

Der Satz:

«Wird der im Durchschnitt der Jahre 2000 und 2001 erreichte Anteil der bundesrechtlichen Steuern und Abgaben am Bruttoinlandprodukt überschritten, treten im zweiten darauf folgenden Jahr folgende Wirkungen ein:»

stammt aus der geplanten freisinnigen Steuerstopp-Initiative.

GUS. Die freisinnige Steuerstopp-Initiative, die keine höhere Steuerbelastung während mindestens sieben Jahren zulässt, soll von der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 28. August 1999 in Freiburg lanciert werden. Am Text wird selbstredend schon seit einiger Zeit ge-

feilt, immerhin soll er ja dereinst in der Bundesverfassung stehen! Herausgefunden haben das zwei Herren, nämlich:

Dr. Roman Geeser,
Basel
sowie

Pascal Zürcher,
Schlieren

Sie erhalten je ein FDP-Portefeuille, das Sie im anlaufenden Wahlkampf sicher gebrauchen können.

Die «Freisinn»-Redaktion dankt allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen.

**Abonnieren Sie unseren newsletter
auf www.fdp.ch**

So werden Sie gleichzeitig mit den Medien informiert.

TERMINE

August		9.	a. o. Delegiertenversammlung
23.-27.	Sommeruniversität	12.	Presseverband
26.	Sekretärenkonferenz	24.	Nationalratswahlen
27.	Geschäftsleitung		November
27./28.	Vorsessionale Fraktionssitzung	18.	Bundesratsparteien-Gespräch
28.	Wahl-«Kick-off» / ausserordentliche Delegiertenversammlung	19.	Von-Wattenwyl-Gespräch
30.-2.9.	Sondersession	26./27.	Vorsessionale Fraktionssitzung
			Dezember
September		6.-22. 12.	Wintersession
2.	Bundesratsparteien-Gespräch	8.	Wahlfeiern Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
3.	Von-Wattenwyl-Gespräch		
10./11.	Vorsessionale Fraktionssitzung	9.	Geschäftsleitung
20.-8. 10.	Herbstsession	15.	Vereinigte Bundesversammlung
21.	Wirtschaftsmeeting	16.	Wahlfeier Bundespräsident
23.	Geschäftsleitung		
Oktober			
8.	Sekretärenkonferenz/Geschäftsleitung/Delegiertenrat		

Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Mit einem Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» erreichen Sie viele interessierte Leserinnen und Leser, denen Sie Ihre Angebote präsentieren und empfehlen können.

Erschliessen Sie sich diesen attraktiven Markt.

Ich/wir möchten mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Nehmen Sie bitte umgehend mit mir/uns Kontakt auf.

Name/Firma: _____

Zuständig: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Fax: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden/faxen an:
KRETZ AG, Verlag und Annoncen
Postfach, 8706 Feldmeilen

Telefon (01) 923 76 56, Fax: (01) 923 76 57
E-Mail: kretz_ag@bluwein.ch

Arbeitsverbot für Kriegs-vertriebene aus Kosovo?!

Ich höre und lese mit Erstaunen: kürzlich soll sich die Mehrheit der stellvertretenden Kantonsvertreter in Bern negativ über ein Arbeitsverbot geäußert haben, weil dadurch Schwarzarbeit und Kriminalität drohen sollen. Gleichzeitig wird auch kommuniziert, dass sich die meisten der fast vollzählig anwesenden zuständigen Regierungsräte zum Thema überhaupt nicht geäußert haben. Der Bundesrat wolle nochmals über die Bücher gehen, heisst es. Weiter lese ich, der Bundesrat werde ein befristetes Arbeitsverbot keinesfalls gegen den Willen der Kantonsvertreter einführen.

Die Frage stellt sich mir, ob es sein kann, dass die gewählten Vertreterinnen und Vertreter des Volkes in Bund und Kantonen vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Mit klaren Überlegungen und mit Logik muss doch klar auf der Hand liegen, was sofort zu tun ist.

Die anwesenden Menschen wurden als Kriegsvertriebene vorläufig aufge-

nommen. Der Krieg ist seit kurzem beendet, und seit einigen Wochen fordern die Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen die Flüchtlinge zur Rückkehr auf. Also sollen sie das umgehend tun, weil der Grund für die vorläufige Aufnahme nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig bitten liberale Politiker aus Kosovo die FDP um Hilfe, damit ihre hier anwesenden Landsleute rasch zurückkehren, weil sie für den Wiederaufbau gebraucht werden.

Alle sind damit einverstanden, dass die Hilfe vor Ort Priorität hat, vor der Aufnahme in der Schweiz. Es ist mir unverständlich, dass in der gegenwärtigen Lage von Aufenthaltsfristen bis zu drei Jahren geredet wird und man sich darauf vorbereitet, das Problem der schulischen Betreuung der geflüchteten Kinder an die Hand zu nehmen. Arbeitsprogramme sind für mich ebenso wenig eine Alternative wie Arbeitsbewilligungen, seien sie nun befristet oder nicht. Alle wollen die Attraktivität der Schweiz als

Zielland reduzieren - warum tun sie es dann nicht wirklich, anstatt nur davon zu reden, um im gleichen Atemzug neue attraktive Möglichkeiten für die wirtschaftlich an unserem Land Interessierten Flüchtlinge zu diskutieren? Schwarzarbeit und Kriminalität von seiten der in den letzten Monaten Eingereisten sind dann kein Thema mehr, wenn sie wieder in ihrer Heimat sind, wo sie zum Aufbau ihrer eigenen Zukunft gebraucht werden. Je rascher klare Verhältnisse herrschen und den Geflüchteten unmissverständlich bewusst ist, dass diese Zukunft in ihrer Heimat liegen muss und nicht in der Schweiz sein kann, desto besser wird die Zeit bis zum Winteranfang genutzt werden können. Die Fähigkeiten derjenigen, die es bis nach Westeuropa geschafft haben, dürften dabei besonders stark ins Gewicht fallen.

Wobei ich nichts gegen die Zahlung von Rückkehrhilfebeiträgen einzuwenden habe, sofern alle anwesenden Flüchtlinge innerhalb

von längstens zwei Monaten ausgereist sind. Ab dann gäbe es nur noch eine einzige Priorität: die Hilfe vor Ort. Und hier soll sich die Schweiz ausserordentlich grosszügig zeigen und viel mehr Geld investieren als diejenigen Länder, die sich bereits im Krieg finanziell engagiert haben. Wenn durch die massive Präsenz der Kfor-Truppen und die laufend zunehmenden Kapazitäten der internationalen Hilfsorganisationen garantiert ist, dass die Hilfsgelder effizient eingesetzt werden und nicht versickern, besteht für dieses Engagement in unserem Land bestimmt denkbar breite Unterstützung. Wir sollen uns auch grosszügig zeigen bei der Finanzierung von freiwilliger schweizerischer Präsenz im Kosovo selbst.

Ich weiss nicht, ob es mit dem Kollegialitätsprinzip vereinbar ist, wenn sich der Zuger Sicherheitsdirektor im «Tages-Anzeiger» vom 3. Juli 1999 journalistisch betätigt. Aber es kann und darf nicht sein, dass dessen Meinung der

Ansicht des Gesamtregierungsrates entspricht. Hier sind das Mehrheitsgewicht und die klaren Stimmen der bürgerlichen Regierungsräte gefordert - nicht nur im Kanton Zug!

Ein Hin und Her wie im Nachfeld der Berner Konferenz ist lächerlich, ebenso die Hoffnung auf die freiwillige Rückkehr derjenigen, die sich gerne noch möglichst lange in der Schweiz aufhalten möchten, wenn sie schon einmal hier sind. Konsequentes Vorgehen mit knappen und nicht verlängerbaren Fristen schafft Klarheit und gibt die richtigen Signale: die Schweiz nimmt Flüchtlinge so lange auf, bis sie zurückkehren können, aber dann müssen sie auch wirklich gehen. Die Schweiz ist kein Einwanderungsland, aber sie setzt Geld dort grosszügig ein, wo es bleibende Werte für die Zukunft der Menschen schafft, die seit Jahren unter dem Regime der regierenden serbischen Clique gelitten haben.

Peter Büel, Cham

Interessenvertreter

Ich finde, dass die Parteien immer mehr am Bürger vorbei politisieren. Man fühlt sich echt machtlos, wenn die gewählten Vertreter der Partei auf allen Stufen nicht für die einzelnen Bürger arbeiten, sondern praktisch nur für die jeweils nahestehenden Interessengruppen.

Landwirtschaft:

Über ein Dutzend Milliarden kostet uns jährlich die Landwirtschaft. Durch absolut perverse Direktzah-

lungen einerseits und durch künstliche Verteuerung des Lebensunterhaltes durch all die unnötigen Subventionen und Zölle. In welchem Gesetz ist verankert, dass der Beruf des Bauern so schützenswert ist. Seit Jahrhunderten konnten die Bauern auf «legale» Weise unwahrscheinliche Reichtümer auf Kosten der übrigen Bevölkerung ergattern. Bei uns in der Industrie muss man damit rechnen, die Stelle zu verlieren oder mindestens eine Lohnkür-

zung hinzunehmen. Die Bauern-Lobby erreicht aber, dass der Berufsstand des Bauern noch heute wie eine «heilige Kuh» behandelt wird, und das immer auf Kosten der ärmeren Allgemeinheit.

Sparen:

All die Parlamentarier, die wir gewählt haben, denken überhaupt nicht daran zu sparen. Im Interesse der jeweiligen Lobby werden immer neue Subventionen bewilligt. Die immer grösseren Defizite werden ja von den Steuerzahlern finanziert.

Gesetze:

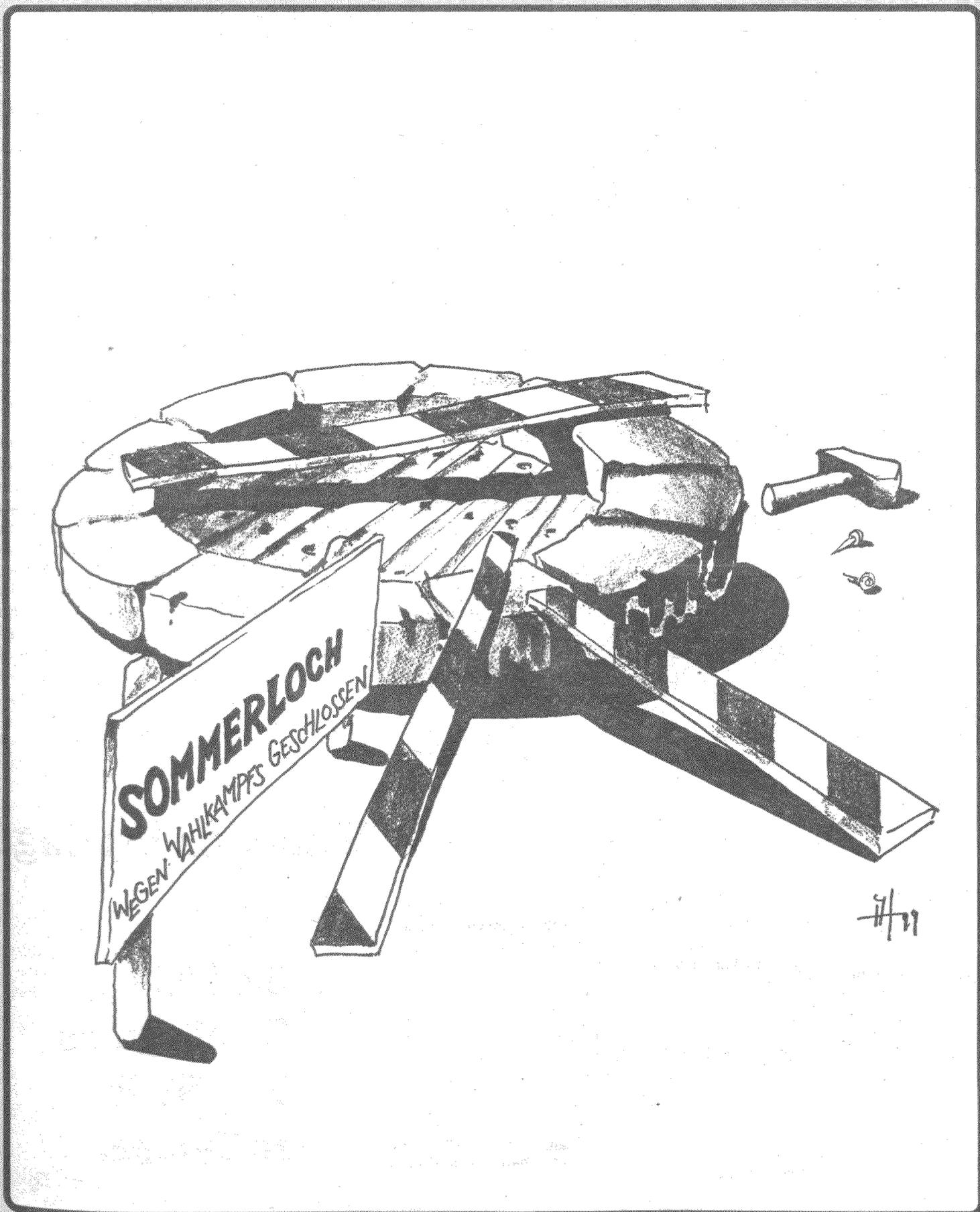
Auf allen Stufen werden Gesetze missachtet. Die Kriminellen sind lernfähig und nutzen das schamlos aus. Kriminelle Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden können, werden freigelassen, damit sie möglichst bald wieder den Raubzug auf unser Hab und Gut und unser Leben aufnehmen können. Die Drogendealer residieren in den vom Steuerzahler bezahlten Unterkünften. Die Behörden nehmen wohl an, dass der Steuerzahler damit einverstanden ist. Noch viel schlimmer ist, dass sich Regierung und Ver-

waltung überhaupt nicht an die Gesetze halten. Chef-Berater (StVA), die sich nicht an die Gesetze halten respektive ihre Untergebenen noch decken, sind immer noch im Amt statt im Gefängnis und werden noch aus unserem Steuergeld bezahlt.

Gerichte:

Mord mit der Tatwaffe Alkohol und Auto ergibt eine kleine Busse und allenfalls eine bedingte Strafe. Alkohol als Strafmilderungsgrund ist wohl das Perverseste, was einem ein Richter zumuten kann.

Rudolf Jung, Cham



Karikatur Andreas Töns

BILATERALE VERTRÄGE ◉ Gleichgewicht des Schreckens

Allseits kühler Kopf gefragt

Die bilateralen Verträge kommen samt den sogenannten flankierenden Massnahmen im Spätsommer ins Parlament. Die referendumsfähigen Kräfte in diesem Land müssen bereits jetzt gewarnt werden. Ergreift eine Seite das Referendum, kommt es unweigerlich zu einer Allianz der Zauberberlinge. Dieses Gleichgewicht des Schreckens ist bereits während der parlamentarischen Debatte zu berücksichtigen.

VON FDP-GENERALSEKRETÄR JOHANNES MATYASSY, MURI (BE)

Die Unterzeichnung der bilateralen Verträge vor wenigen Tagen warf ein positives Schlaglicht auf diese guten Verträge. Endlich hat es die Schweiz geschafft, den durch Volksentscheid erzwungenen bilateralen Weg mit der Europäischen Union (EU) bis zu einem bewertbaren Ergebnis zu gehen. Die Verträge liegen seit Dezember 1998 vor. Die Gründe, weshalb die Ergebnisse für die Schweiz insgesamt positiv sind, liegen vor. Noch hat aber niemand dargelegt, weshalb die Verträge «schlecht» sein sollten. Die Diskussion der Verbände hat sich eher auf die sogenannten flankierenden Massnahmen konzentriert. Dabei handelt es sich um einige Anpassungen, die wir Schweizer intern und freiwillig vornehmen, weil wir den offenen Märkten scheinbar noch nicht wirklich trauen. Die flankierenden Massnahmen waren



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Alle Kräfte, denen die bilateralen Verträge am Herzen liegen, können sich gegenseitig unter Druck setzen.»

und sind aber keineswegs Voraussetzung für die Unterzeichner auf der Gegenseite, für die Europäische Union. Es ist nur schon deshalb äusserst ratsam, in den offenen Fragen zu einer Einigung zu kommen. Sollte die Schweiz unfähig sein, bilaterale Verträge abzuschliessen, nur weil sie mit intern umstrittenen freiwilligen Massnahmen nicht klarkommt, wäre dies ein Armutszeugnis.

Gegenseitige Erpressbarkeit

Die Verträge selbst und die flankierenden Massnahmen sind grundsätzlich angreifbar und könnten per Referendum bestritten werden:

che Gruppe für ein Referendum gegen die flankierenden Massnahmen in der Personenfreizügigkeit sammeln – die Gewerkschaften selbst könnten das nicht, sonst stünden sie am Ende zwar mit den Verträgen, aber ganz ohne Begleitmassnahmen da. So ist garantiert, dass sich alle Kräfte, welche die bilateralen Verträge im Herzen wirklich wollen, gegenseitig unter Druck setzen können.

Vernunft und Masshalten gefragt

Die Debatte über die Verträge und die Begleitmassnahmen wird zu einer Belastungsprobe fürs Parlament. Wenige Wochen vor den Wahlen sind sie angesichts dieses Gleichgewichts des Schreckens zum Masshalten und zur Ver-

ZUM THEMA

.....
Noch hat aber niemand dargelegt, weshalb die Verträge «schlecht» sein sollten.

.....
Die Debatte über die Verträge und die Begleitmassnahmen wird zu einer Belastungsprobe fürs Parlament.

nunft aufgefordert. Die Kunst des Kompromisses und des Konsenses ist einmal mehr gefragt. Beispiele wie das Stabilisierungsprogramm lassen hoffen. Niemand ist – trotz gegenseitigen Konzessionen – den eigenen Truppen in den Rücken gefallen. Ein solches Verhalten ist auch für die bilateralen Verträge ratsam.

Bilaterale Verträge:

Die Linie für ein gutes Verhältnis zu Europa.